



Ohne Industrie keine Zukunft?

Les notes du conseil d'analyse économique, no 13, Juni 2014

Im Kontext eines schwachen Wirtschaftswachstums mit hoher Arbeitslosigkeit, unausgeglichenen Staatsfinanzen und einem nachhaltigen Zahlungsbilanzdefizit ist die Rückkehr eines proaktiven Ansatzes in der französischen Industriepolitik zugunsten einer direkten staatlichen Intervention im Bereich der Industrie zu beobachten. Somit wird die gezielte sektorspezifische Regulierung durch den Staat erneut vorstellbar, wobei die Industrie wieder als zentraler Motor für Exporte und Wachstum sowie die Schaffung von Arbeitsplätzen wahrgenommen wird.

Ohne Industrie keine Zukunft? Die vorliegende Notiz vertritt nicht die Auffassung, dass es eine offenkundige Antwort auf diese Frage gibt. Allerdings scheint es unbedingt notwendig, Grundsatzüberlegungen über die Industriepolitik (was genau versteht man unter „Industrie“ und inwiefern ist sie erforderlich) aber auch ihre Methoden (ist der Staat im Besitz der notwendigen Instrumente, Informationen bzw. des Modus operandi für eine Intervention) anzustellen.

Die Grenzen zwischen Industrie- und Dienstleistungssektor sind zunehmend verschwommen: Die Dienstleistungen haben sich zu einer Industrie entwickelt, die Industrie kauft und verkauft Dienstleistungen, und zuletzt handelt es sich bei einem Teil der Unternehmen, die im Dienstleistungssektor eingestuft sind, eigentlich um Industriefirmen, die ihre Wertschöpfungskette auf internationaler Ebene aufgesplittet haben. Die Industriekette besteht heute darin, Produkte zu entwickeln, die Fertigung dieser Produkte selbst zu übernehmen oder sie unter Beibehaltung der geistigen Eigentumsrechte an Subunternehmer zu übertragen, die Wertschöpfungskette zu organisieren, die Marken und den Zugang des Verbrauchers zu kontrollieren sowie sich die Kapitalrendite anzueignen.

Diese modernere Sicht der Industrie erfordert ebenfalls einen neuen Ansatz im Bereich der Industriepolitik. Abgesehen vom klassischen Widerspruch zwischen den horizontalen politischen Maßnahmen, die darauf abzielen,

ein vorteilhaftes wirtschaftliches Klima zu schaffen, und den vertikalen Maßnahmen zur Unterstützung bestimmter Sektoren, müssen Koordinierungsmängel (Clusterpolitik, öffentliche Finanzierung innovativer Projekte) und die Entwicklung von Aktionsmethoden durch staatliches Eingreifen korrigiert werden, wobei auch die volkswirtschaftlichen Auswirkungen der öffentlichen Maßnahmen auf die Unternehmen berücksichtigt werden sollten.

Wir empfehlen vor allem, die Industrie neu zu überdenken – sie sollte nicht länger mit der Güterproduktion gleichgestellt werden. Dies erfolgt über eine Anpassung des öffentlichen Diskurses an diese Realität und durch die gezielte Förderung von Neustrukturierungen und technologischer Dynamik. Anschließend sollte in die Ausbildung investiert und die Mobilität der Ressourcen gefördert werden, die in Wachstumsclustern gebündelt werden können. Die Tatsache, dass die meisten ökonomischen Studien zu dieser Schlussfolgerung kommen, beweist, dass sie in die wirtschaftspolitischen Agendas aufgenommen werden sollte. Im Kontext von nicht kooperativen nationalen Politiken erscheint es uns im Übrigen aus pragmatischer Sicht angebracht, dass der Staat die Investitionen in Forschung und Entwicklung über die Steuergutschrift für Forschungszwecke, direkte Subventionsmechanismen (z.B. die ANVAR), das Risikokapital oder technologische Relais fördert. Der Schutz des geistigen Eigentums ist ebenfalls ein wichtiges und komplexes Thema, da ein Gleichgewicht zwischen Innovationsförderung und Wissensaustausch, der Quelle zukünftiger technologischer Fortschritte, gefunden werden muss. Die beiden letzten Empfehlungen betreffen den Modus operandi der Industriepolitik, unter Berücksichtigung der volkswirtschaftlichen Auswirkungen dieser Interventionen und der Gefahr der Vereinnahmung: die Kombination aus privatem Risikokapital und öffentlicher Projektfinanzierung ist ein wünschenswerter Ansatz, ebenso wie eine strenge Beaufsichtigung der staatlichen Intervention, sodass u.a. Projekte gestoppt werden können.

Diese Anmerkung ist unter Verantwortung der Autoren veröffentlicht und verpflichtet nur diese.

^a PSE (Paris 1 Universität Panthéon-Sorbonne) und CEPII, Mitglied der CAE.

^b Maastricht Universität et UNU-MERIT (Niederlande), Mitglied der CAE.

^c Direktor des Bruegel (Belgien), Mitglied der CAE.

Empfehlungen

Empfehlung Nr. 1. Die Industrie neu überdenken und nicht länger der Güterproduktion gleichstellen. Den politischen Diskurs anpassen, um Restrukturierungen und technologische Dynamik zu fördern. Die Politik zur Stärkung der industriellen Wettbewerbsfähigkeit überdenken, indem man sich auf die Produktivität und die Innovation in den Bereichen mit potentiell hoher Wertschöpfung konzentriert. Den Umfang der Exzellenzcluster dementsprechend verringern und stärker auf die Bereiche mit hoher Wertschöpfung konzentrieren.

Empfehlung Nr. 2. In die Ausbildung investieren und die Mobilität der Ressourcen fördern, die in Wachstumsclustern gebündelt werden können. Die neue Überarbeitung der Gesetzgebung über die Konkursverfahren verfolgt dasselbe Ziel: Die „Fluidität“ der französischen Wirtschaft soll erhöht werden.

Empfehlung Nr. 3. In einem Kontext von nicht kooperativen staatlichen Politiken erscheint es uns im Übrigen aus pragmatischer Sicht angebracht, dass der Staat die Investitionen in Forschung und Entwicklung über die Steuergutschrift für Forschungszwecke, direkte Subventionsmechanismen (z.B. ANVAR), das Risikokapital oder technologische Relais fördert.

Empfehlung Nr. 4. Ziel ist es, ein angemessenes Gleichgewicht zwischen dem notwendigen Schutz des geistigen Eigentums, um die Innovation anzuregen, und einem maximalen Wissensaustausch, der eine Quelle des zukünftigen technologischen Fortschritts sein könnte, zu finden. Auf europäischer Ebene muss gegen die Verwendung von Patenten als strategisches Druckmittel vorgegangen werden, wie z. B. die missbräuchliche Überschneidung von Patentrechten (patent thickets) oder die Fragmentierung des Patentsystems, und es müssen strenge Kriterien für die Patentierbarkeit festgelegt werden, um so weit wie möglich zu vermeiden, dass Monopolrechte an minderwertige Patente verliehen werden.

Empfehlung Nr. 5. Privates Risikokapital und öffentliche Projektfinanzierung kombinieren. Die systematische Vermeidung einer staatlichen Beteiligung am Unternehmenskapital, wenn kein erwiesenes Marktversagen im Bereich Finanzierung vorliegt.

Empfehlung Nr. 6. Die Industriepolitik muss unbedingt einer strengen Beaufsichtigung unterliegen, damit Projekte gestoppt werden können.



**conseil d'analyse
économique**

Der Conseil d'Analyse Économique (CAE) wurde im Auftrag des französischen Premier Ministre gegründet und soll durch die Gegenüberstellung der Gesichtspunkte und Analysen der Mitglieder des CAE ein besseres Verständnis der Entscheidungen der französischen Regierung im Wirtschaftssektor ermöglichen.

Stellvertretende Vorsitzende Agnès Bénassy-Quéré
Generalsekretär Hélène Paris

Wissenschaftliche Berater
Jean Beuve, Clément Carbonnier,
Jézabel Couppey-Soubeyran,
Manon Domingues Dos Santos,
Cyriac Guillaumin

Mitglieder Philippe Askenazy, Agnès Bénassy-Quéré,
Antoine Bozio, Pierre Cahuc, Brigitte Dormont,
Lionel Fontagné, Cecilia García-Peñalosa,
Philippe Martin, Pierre Mohnen, Guillaume Plantin,
Jean Tirole, Alain Trannoy, Étienne Wasmer,
Guntram Wolff

Korrespondenten Patrick Artus,
Laurence Boone, Jacques Cailloux

Veröffentlichungsdirektor Agnès Bénassy-Quéré
Chefredakteur Hélène Paris
Elektronische Veröffentlichung Christine Carl

Pressekontakt Christine Carl
Ph: +33(0)1 42 75 77 47
christine.carl@cae-eco.fr